

# Mit überwältigender Mehrheit stimmt Dänemark für den Ausschluß der Siedlungen bei Abkommen mit Israel

Noa Landau, haaretz.com, 26.01.18

**Dänemark stärkt Regierungsrichtlinien gegen Investitionen in Projekte jenseits der *Grünen Linie*\* und übernimmt damit eine UN-Resolution, in der die Siedlungen im Westjordanland als Verstoß gegen das Völkerrecht definiert werden.**

Das dänische Parlament beschloss diese Woche, jüdische Siedlungen im Westjordanland von bilateralen Abkommen mit Israel auszuschließen. Außerdem wurde beschlossen, die staatlichen Richtlinien gegen Investitionen in Projekte jenseits der *Grünen Linie* durch öffentliche und private Einrichtungen zu stärken.

**Der Beschluss wurde mit einer Mehrheit von 81-22 Stimmen gefasst, wobei alle Parteien im dänischen Parlament dafür stimmten, mit Ausnahme der rechtsextremen Dänischen Volkspartei.**

Mit diesem Schritt verabschiedete Dänemark die UN-Resolution 2334, in der Siedlungen als Verletzung des Völkerrechts definiert werden und unterschieden wird zwischen Israel und israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem. Dieselbe Auffassung vertritt die Europäische Union in allen multilateralen Abkommen mit Israel.

Darüber hinaus unterstützt die Resolution die Erstellung einer Liste israelischer Unternehmen, die in den besetzten Gebieten tätig sind, die vom UN-Hochkommissar für Menschenrechte formuliert wird.

Die Entscheidung wurde in einer formellen Anfrage an das dänische Außenministerium im November letzten Jahres getroffen, nachdem eine Reihe dänischer Pensionsfonds gezwungen waren, ihre Investitionen in Israel zurückzuziehen, nachdem ein öffentlicher Aufschrei und ein Bericht des unabhängigen Forschungszentrums DanWatch vom Januar letzten Jahres, das sich mit den Beziehungen zwischen dänischen Unternehmen und israelischen Siedlungen befasste, veröffentlicht worden waren.

Dänemarks drittgrößter Pensionsfonds, Sampension, mit Vermögenswerten in Höhe von 43,5 Milliarden US-Dollar, gab bekannt, dass er sich von israelischen Unternehmen, die in den besetzten Gebieten tätig sind, getrennt hat.

Berichten zufolge waren von der Desinvestition unter anderem zwei israelische Großbanken, Bank Hapoalim und Bank Leumi, sowie der israelische Telekommunikationskonzern Bezeq betroffen. Sampension hatte bereits Investitionen in Dutzende anderer israelischer Unternehmen verboten, darunter viele in militärischen Unternehmen wie Elbit.

Nach Angaben des Außenministeriums haben Israel und Dänemark derzeit 13 direkte bilaterale Abkommen in den Bereichen Luftfahrt, Kultur, Bildung, Recht, Industrie, Steuern und Visa.

Die jüngste Resolution wird sich auf künftige Abkommen zwischen den beiden Ländern auswirken, hinsichtlich ihrer Umsetzung in den [besetzten] Gebieten, sei es in Bezug auf Institutionen oder Privatpersonen. Bestehende Vereinbarungen könnten in Erwartung von Aktualisierungen betroffen sein.

Letzten Monat hatte der dänische Außenminister Anders Samuelsen angekündigt, dass sein Land die Bedingungen für die Unterstützung palästinensischer NGOs verschärfen, die Zahl der unterstützten NGOs verringern und ihre Kontrolle verschärfen werde.

Die Erklärung folgte, nachdem Israel Druck ausgeübt hatte, die dänische Finanzierung von palästinensischen Organisationen und Vereinigungen, die angeblich an der Aufstachelung zur Gewalt beteiligt seien, sowie von Personen, die an der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung beteiligt sind, zu stoppen. Im Mai hatte Premierminister Benjamin Netanjahu eine Liste der palästinensischen und israelischen Organisationen, die laut Israel in die BDS-Kampagne involviert sind, und die dänische Gelder erhalten, an den Außenminister geschickt.

Einige Monate nachdem Samuelson die Liste erhalten hatte erklärte er ,dass sein Ministerium entschieden hätte die restliche Unterstützung für 2017 einzufrieren und strengere Kriterien für die Zukunft zu formulieren. Es wurde jedoch betont, dass Dänemark auch weiterhin Organisationen unterstützen werde, die auf die Menschenrechte in Palästina fokussieren, die als „hohe Priorität“ bezeichnet wurden.

Der Minister für öffentliche Sicherheit, Gilad Erdan, bezeichnete dies als den richtigen Schritt und bezeichnete ihn als lobenswert und notwendig. „Europäische Länder finanzieren palästinensische Organisationen mit Verbindungen zum Terrorismus, die sich für einen Boykott gegen Israel einsetzen. Ich fordere weitere europäische Staaten auf, ähnliche Schritte zu unternehmen“ fügte er hinzu.

Übersetzung M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee.de

Quelle:

[haaretz.com/israel-news/.premium-denmark-approves-exclusion-of-settlements-from-agreements-with-israel-1.5767256](https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-denmark-approves-exclusion-of-settlements-from-agreements-with-israel-1.5767256)

\* Grüne Linie oder „Grenze von 1967“ wird die Demarkationslinie zwischen Israel und den von Israel im Sechstagekrieg besetzten Gebieten, u. a. das Westjordanland, den Gazastreifen, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel (letztere wurde Ägypten im Friedensvertrag von 1979 zurückgegeben) genannt. (Wikipedia)